



BURMA REPORT

März 2009

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 70

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

The Irrawaddy, 18. Februar 2009 -
<news@irrawaddy.org> - The Irrawaddy Newsletter
<http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=15135>

Planen die US mehr Engagement mit dem burmesischen Regime? - Aung Zaw

Wenn US-Aussenministerin Hillary Clinton sagt, dass Washington seine Burma-Politik überprüft, veranlasst das die Gelehrten, zu rätseln, ob dies mehr Engagement mit der Militärregierung bedeuten könnte.

"Wir schauen, welche Schritte die derzeitige burmesische Regierung beeinflussen können, und wir suchen nach Wegen, die dem burmesischen Volk helfen könnten," sagte Clinton in Japan, der ersten Etappe ihrer Asien-Tour.

Auf ihrer ersten Tour seit der Amtsübernahme im Aussenministerium sagte Clinton, dass die neue Administration der US hofft, dass es eine Burma-Politik betreiben kann, die "effektiver" sein wird bezüglich Reformen und zu politischer und wirtschaftlicher Freiheit ermutigt.

Es ist zu früh, um zu beurteilen, ob die US von der Politik harter Sanktionen Abstand nehmen werden

Einige Kritiker sagen, dass die US sich bald im repressiven Regime in Burma einschalten wird. Die Zeit wird es zeigen. Aber was jetzt nötig wird, ist die Formulierung einer umfassenden Burma-Politik, an der auch Partner und Hauptdarsteller der Region beteiligt sein sollten.

Grösseres Engagement der US mit den ASEAN und Burmas mächtigen Nachbarn China und Indien könnte zum Aufbau einer neuen Burma-Politik beitragen, sowie zu einem Wandel in Burma. Aber meine 20jährige Erfahrung im Berichten über Burma lässt mich da den Atem anhalten.

Die Politik unter der Bush-Administration wurde als stark und geradeheraus

angesehen, obwohl ihre Kritiker sagen, dass sie auf einer Alleingang-Politik basierte und Mithilfe ablehnte.

Für diese Politik, wie sie die US bei der UNO oder auf regionaler Ebene vorantrieb, war es nicht möglich, Unterstützung zu bekommen, und sie litt unter der katastrophalen Politik im Mittleren Osten.

Mit dem Beginn einer neuen Administration unter Präsident Barack Obama und Aussenministerin Clinton wird gehofft, dass sich mehr Einfluss der burmesischen Nachbarn geltend machen wird, wenn es darum geht, das Regime dahingehend zu beeinflussen, wirkliche politische und ökonomische Reformen zu beginnen.

Unter Bush's energischer Burma-Politik und dem Tom Lantons Block Burmese JADE (Junta's Antidemocratic Efforts) Akt 2008 erhoben die US direkte Sanktionen gegen die Militärführung und ihre Geschäftskumpanen in Burma. Zusätzlich beauftragte der Akt einen "US-Sonderbeauftragten und Politikkoordinator" für Burma, der mit Burmas Nachbarn zusammenarbeiten und eine aktivere Herangehensweise entwickeln sollte.

Sollte sich die Politik der US Burma gegenüber als aktiver und nicht so kurz-sichtig erweisen, dann wird sie sicherlich Unterstützung in der Region bekommen. In diesem Fall braucht die US nicht an einer Politik der Sanktionen zu kleben; sie könnte dann ohne ihr Ziel zu kompromittieren einen Weg finden, um mit dem Regime in einen Dialog zu kommen, damit das Ziel eines freien, friedlichen und blühenden Burmas verwirklicht werden kann.

Obwohl einige Handlungen und die Politik der US als symbolische Gesten oder "Megaphon-Diplomatie" für Washingtons Haltung gegenüber Menschenrechten und Demokratisierung kritisiert wurden, werden sie in Burma und ausserhalb hoch anerkannt.

Wenn die unterdrückten Burmesen Hilfe von aussen und moralische Unterstützung gegen das Regime benötigen,

dann blicken sie nicht nach China oder Indien, Thailand, die ASEAN oder selbst die UN und einige westliche Regierungen, sondern nach Washington.

Mit oder ohne Unterstützung der US wird das burmesische Volk fortfahren, das Regime und seine Unterdrückung herauszufordern. Die Zwangslage von mehr als 2000 Gefangenen erfordert ein andauerndes Engagement für Recht.

Die Schwierigkeit ist, dass der Westen in seinen Handlungen dem Regime gegenüber sich nicht von Burmas opportunistischen Nachbarn unterscheidet. Sie sind zuweilen verworren und schlecht informiert.

Im Januar besuchten zwei Minister aus Skandinavien Burma. Dänemarks Ministerin für Entwicklungskooperation, Ulla Tørnaes und Norwegens Minister für Entwicklung und Umwelt, Erik Solheim, beide waren die hochrangigsten europäischen Amtsinhaber, die in mehr als zwei Dekaden das vom Militär regierte Land besuchten.

Dänemark hat US \$11.4 Mio. und Norwegen \$ 7,7Mio. für den Hilfsfonds für die Opfer des Zyklon Nargis durch die Tripartite Core Group (TCG), die aus Vertretern der UN, ASEAN und dem burmesischen Regime zusammengesetzt ist, beigetragen.

Ulla Tørnaes berichtete der dänischen Zeitung Politiken über ihren Besuch "Burma ist für mich eines der ärmsten Länder, das wir weder vernachlässigen können noch sollten". Wir müssen alle Anstrengungen machen, obwohl wir wissen, dass dies nur schrittweise geschehen kann."

In einer früheren Botschaft hatte Tørnaes gesagt, dass Sanktionen gegen Burma und ein Boycott des Tourismus kontraproduktiv seien und meinte, dass das Land von mehr Touristen und dem Handel mit der Welt profitieren könne.

Eine solche gewagte Aussage sollte willkommen sein. Und trotzdem sollte die dänische Ministerin✍

...☞ begreifen, dass viele der burmesischen Probleme menschengemacht sind und in den Händen der Generäle liegen, die dafür verantwortlich gemacht werden sollten. Burma benötigt dringend eine politische Lösung und die beiden Themen können nicht unabhängig von einander behandelt werden.

Neben der Verurteilung von Sanktionen fällt Tørnaes keine umfassendere breitere Burma-Politik ein, und es kann bezweifelt werden, ob ihre Argumente von vielen inner- und ausserhalb Burmas angenommen werden - ganz abgesehen von US-Aussenministerin Hillary Clinton.

Tørnaes ist nicht Clinton, deren Ausführungen über die US-Politik Burma gegenüber Aufmerksamkeit erfordern. Die Politik sollte viele unterschiedliche Meinungen einladen, aber es sollte dabei nicht vergessen werden, dass unterschiedliche Ansichten westlicher Regierungen bezüglich Burma den Generälen nur grössere Möglichkeiten bieten werden, weiterhin mit eiserner Faust zu regieren.

Euro-Burma Office - <euro-burma@verizon.net>

National League for Democracy Statement on political Dialogue

National League for Democracy
No. 97(b) West Shwedongine Street
Bahau Township, Rangoon
17. Februar 2009

zunehmender Mond im Tabodwe 1370 burmesischer Zeitrechnung

Sonderbericht Nr. 2/01/09

1. Der Staatliche Friedens- und Entwicklungsrat (SPDC - State Peace and Development Council) informierte mit Bekanntmachung Nr. 1/2007 am 4. Oktober über die Gespräche zwischen Seniorgeneral Than Shwe und der Generalsekretärin Daw Aung San Suu Kyi von der National League of Democracy (NLD). Anstelle von Debatten auf beiden Seiten über Punkte, genannt unter Paragraph (7) der Bekanntmachung, sollten die beiden Entscheidungsfinder dringend zusammenkommen und bedingungslose Gespräche führen, da dies zum Wohle der Nation der angemessenste Weg ist. Deshalb sollten beide Parteien anstelle eines Briefaustausches persönliche Gespräche führen, um alle vorliegenden Probleme zu besprechen.

2. Im Zeitalter der Globalisierung sind Dialog und Kompromiss die Praxis

zwischen den Ländern der Welt, um heimische Probleme oder Angelegenheiten zwischen den Nationen zu lösen. Die NLD hat sich beharrlich darum bemüht, Probleme im Interesse der Nation und des Volkes durch bedingungslosen Dialog zu lösen. Die NLD begrüsst die Ankündigung der Administration, dass die Türen für einen Dialog offenstehen. Es ist deshalb unerlässlich, Gespräche zur Lösung der Probleme zu führen, da "die Türen immer für einen Dialog offen stehen".

3. Daw Aung San Suu Kyi hat ebenfalls öffentlich am 6. Mai 2002 erklärt, dass sie in den Gesprächen flexibel sei, um so zu den besten Ergebnissen zum Wohle des burmesischen Volkes zu gelangen.

4. "Konfrontation", "äusserste Zerstörung" und "Auferlegen aller Art von Sanktionen einschliesslich Wirtschafts-sanktionen", wie sie in der Bekanntmachung Nr. 1/2007 erwähnt werden, nützen weder dem Land noch dem Volk. Daw Aung San Suu Kyi hat die Administration bereits durch Liaisonminister U Aung Kyi wissen lassen, dass, um die obenstehenden Punkte zu umgehen, beide Seiten kooperieren sollten und dass sie zu einer gemeinsamen öffentlichen Bekanntmachung über die zwischen beiden Seiten erreichten Übereinkunft bereit sei. Deshalb fordert die NLD mit aufrichtigem gutem Willen erneut, dass sich die beiden Entscheidungsfinder umgehend treffen sollen.

5. Ein weiterer Punkt, der klargestellt werden muss, ist, dass Daw Aung San Suu Kyi es nicht abgelehnt hat, sich mit Liaisonminister U Aung Kyi am 2. September zu treffen. Es war ihr seinerzeit nur nicht möglich, sich mit ihm zu treffen. Sollte ein Dialog stattfinden, dann ist es entscheidend, dass er zum Wohle des Landes und des Volkes geführt wird.

6. Anlässlich des Treffens mit dem Berater des UN-Generalsekretärs, Dr. Ibrahim Gambari, am 2. Februar 2009, erklärten die Mitglieder des NLD Zentral-Führungsgremiums, einschliesslich Daw Aung San Suu Kyi, dass es im Lande keine Rechtsstaatlichkeit gebe, wie es sich in den Gerichtsverfahren der Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten widerspiegelt, als den Angeklagten die Prozessvertretung verweigert und den Verteidigern der Zutritt zum Gerichtssaal verwehrt wurde, die Angeklagten ungewöhnlich lange Gefängnisstrafen erhielten und Gerichtsentscheidungen bezüglich einer Berufung nicht in Übereinstimmung mit dem

Gesetz waren. Indem sie dies tat, betonte die NLD nur die "Rechtsstaatlichkeit", eines der politischen Ziele, die sich die Administration gesetzt hat.

7. Ein weiterer Punkt, der mit dem Berater des UN-Generalsekretärs besprochen wurde, betraf die ökonomische Entwicklung unseres Landes. Die Vertreter der NLD lehnten die Diskussion hierüber ab, weil ihnen keine Fakten über die ökonomischen Entwicklungsaufgaben vorlagen oder wie diese angegangen werden sollen.

8. Weiter gab der UN-Generalsekretär am 5. Februar 2009 eine Erklärung heraus, in der der SPDC wie auch die NLD zu einem substantiellen und bedingungslosen Dialog aufgerufen wurden, um dadurch zu einer nationalen Aussöhnung zu kommen.

9. Die NLD begrüsst diese Erklärung wärmstens. Es muss jedoch festgestellt werden, dass obgleich die NLD sich ständig um den Beginn eines Dialogs bemüht, damit beide Seiten sich auf den Kompromiss eines Gewinns für beide Seiten einigen können, der SPDC bis heute keinerlei Anstrengungen zu diesem Ziel unternommen hat.

Lt. Entscheid des Zentralkomitees anlässlich der Konferenz vom 16.2.2009

Central Executive Committee,
National League for Democracy,
Rangoon

Hla Kyaing <hla.kyaing@gmail.com>
[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK]

20. Februar 2009 -

The Mizzima, Burma related News

<<http://www.mizzima.com/news/world/1743-unga-president-urges-burmese-junta-and-opposition-to-start-dialogue.html>>

Präsident der UNGA fordert die burmesische Junta und die Opposition zum Beginn des Dialoges auf

Neu-Delhi: Der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen forderte am Donnerstag das burmesische Militärregime und die Opposition dazu auf, umgehend mit einem bedingungslosen Dialog zu beginnen.

Die Aufforderung erfolgte, nachdem der Vizepräsident der Generalversammlung, Raymond Wolfe, ...☞

... vom Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari im Auftrag des Präsidenten Miguel D'Escoto Brockmann über dessen letzte Reise informiert worden war.

In einer Erklärung sagte der Sprecher des Präsidenten, dass der Präsident der Generalversammlung "sich der Aufforderung des Generalsekretärs anschliesst, dass beide, die Regierung Burmas wie auch die Opposition einen substantiellen Dialog ohne Vorbedingungen und ohne weitere Verzögerung aufnehmen sollen".

Gambari, der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Burma, traf sich während seines letzten Besuches vom 31. Januar bis zum 3. Februar in Burma mit Burmas Premierminister Thein Sein und der inhaftierten Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi.

Gambari traf sich ebenfalls mit einigen anderen Ministern und Angehörigen der Junta, jedoch nicht mit dem obersten Chef, Seniorgeneral Than Shwe, der sich weiterhin ausweichend verhält.

Er traf sich jedoch mit fünf Mitgliedern des Leitungsgremiums der National League for Democracy, der Partei Aung San Suu Kyis. Ein Sprecher der NLD sagte, dass der letzte Besuch Gambaris keinerlei fruchtbare Ergebnisse zeitig hätte.

Die NLD hiess jedoch die Aufforderung des Generalsekretärs zum Dialog zwischen dem Chef der Junta, Than Shwe, und der Oppositionsführerin, Aung San Suu Kyi, willkommen und forderte die UN dazu auf, nicht in den Bemühungen um eine Demokratisierung Burmas nachzulassen.

Es ist geplant, dass Gambari, der seit 2006 Burma zum siebten Mal aufsuchte, am Freitag die Mitglieder des Sicherheitsrates über seinen letzten Besuch in Burma informieren wird.

In der Zwischenzeit fasste der Sonderberichterstatter für Menschenrechte, Tomas Ojea Quintana, am Donnerstag seinen sechstägigen Besuch in Burma dahingehend zusammen, dass er sagte, dass die Menschenrechte in dem Lande immer noch "eine Herausforderung" seien.

In einer kurzen Pressekonferenz sagte Quintana vor Verlassen des Landes, dass er eine positive Antwort von Burmas Präsidenten des Obersten Gerichtshofes und Generalstaatsanwalt bekommen hat hinsichtlich einer Änderung des innerstaatlichen Rechts,

das die fundamentalen Rechte der Bürger einschränkt.

Aber es gelang ihm nicht, irgendwelche konkreten Verpflichtungen seitens burmesischer Beamter zu erhalten.

The Irrawaddy, 21. Februar 2009

Gambari: Mein Besuch ohne greifbares Ergebnis

Lalit K. JHA

Washington: Der UN-Sonderbeauftragte für Burma, Ibrahim Gambari, bestätigte am Freitag, dass sein letzter Besuch in diesem Land bezüglich der vom Generalsekretär Ban-Ki-moon und dem Sicherheitsrat gesteckten Ziele ohne greifbare Ergebnisse geblieben ist.

Er berichte jedoch den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates, dass es etwas Bewegung gegeben habe, eine Ansicht, die einige Mitglieder des Sicherheitsrates, einschliesslich England, Frankreich und die Vereinigten Staaten nicht leicht überzeugen konnte.

"Ich habe den Sicherheitsrat dahingehend informiert, dass wir keine greifbaren Ergebnisse meines Besuches feststellen konnten, unterrichtete Gambari Reporter vor dem Sicherheitsrat im UN-Hauptquartier in New York.

"Aber es scheint einige Bewegung in dieser Richtung gegeben zu haben", sagte Gambari, nachdem er die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates in einer Konferenz hinter geschlossenen Türen informiert hatte. Er hatte sich vom 31. Januar bis zum 3. Februar in Burma aufgehalten. Während dieser Zeit hatte er sich mit Offizieren der burmesischen Militärjunta wie auch mit der Führung der prodemokratischen Bewegung und Gruppen der Ethnien getroffen.

Er traf sich auch mit Aung San Suu Kyi. Ein Besuch beim Seniorgeneral Than Shwe war jedoch während seines vier-tägigen Aufenthaltes im Lande nicht möglich.

"Ich sagte der burmesischen Regierung, dass nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, Myanmar's Verantwortung für das Angehen von konkreten Angelegenheiten, die die internationale Gemeinschaft betreffen, zu übernehmen, besonders für die Entlassung der politischen Häftlinge wie auch die Wiederaufnahme des Dialoges zwischen der

Regierung und Aung San Suu Kyi", sagte Gambari.

"Ich habe die Regierung nicht darauf hingewiesen, dass die Aktionen, die sie jetzt und in den nächsten Monaten unternehmen wird, Signale an den Generalsekretär, Signale an die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), wie auch Signale an die neue Administration der USA aussenden wird, die versucht, eine andere Politik Myanmar gegenüber zu entwickeln.

Gambari sagte, dass die Haltung der UN bezüglich der Wahlen und Wiedereinführung der Demokratie im Lande sich nicht geändert hat.

"Wir befürworten keine Wahlen in 2010 oder zu jedem anderen Zeitpunkt. Hier muss die Regierung und das Volk in Myanmar entscheiden, aber wir fahren fort, für Bedingungen zu plädieren, die zu freien und fairen Wahlen führen, wann immer diese auch stattfinden werden.

In der Zwischenzeit haben der britische wie auch französische Botschafter in der Vereinigten Staaten ihre tiefe Enttäuschung über den UNO-Gesandten zum Ausdruck gebracht, dem es nicht gelungen war, Fortschritte hinsichtlich der vom UNO-Sicherheitsrat gesetzten Ziele zu erreichen.

Die beiden Botschafter machten ihrem Ärger über eine Pressemitteilung ausserhalb des UN-Sicherheitsrates Luft, nachdem die 15 Mitglieder des Gremiums durch Gambari informiert worden waren.

"Bedauerlicherweise ist der Inhalt dieses Berichtes enttäuschend, und ich wiederhole bedauerlicherweise", sagte der französische Botschafter Jean Maurice Ripert zu Reportern. "Wir bedauern, dass es bezüglich der grössten Besorgnisse zu keinem wirklichen Fortschritt gekommen ist. Die Situation hat Rückschritte gemacht," sagte der britische Botschafter, Sir John Sowers.

Sichtbar bestürzt darüber, was das burmesische Volk als eine verfehlte Mission Gambaris ansieht, sagte Ripert: "Es ist ihm (Gambari) nicht gelungen, sich mit Seniorgeneral Than Shwe zu treffen. Es ist wahr, dass er Ms. Aung San Suu Kyi gesehen hat, - dass ist das Geringste, was zu erwarten war - bedauerlicherweise hat er andererseits keinerlei ernsthafte Zeichen für eine Öffnung von Seiten der Obrigkeit Burmas erhalten.

Über die Entlassung von

... 6.300 Gefangenen befragt, wie sie die Junta über die staatlichen Medien am Freitagabend angekündigt hatte, erwiderte der UN-Gesandte, dass er keine offizielle Mitteilung der Behörden erhalten hätte und er abwarte, wer sich unter den Entlassenen befindet. "Gleichzeitig denke ich, ist es fair, die Entlassung der Gefangenen zu begrüßen, besonders von politischen Häftlingen," sagte er.

Der französische Botschafter Ripert zeigte sich jedoch unzufrieden mit der Ankündigung der Freilassung von politischen Gefangenen. "Bedauerlicherweise besteht keine Bereitschaft seitens der Administration einen bedingungslosen politischen Dialog mit der Opposition zu beginnen."

Da die von der Militärjunta vorgeschlagene Roadmap nicht den allgemein anerkannten Vorstellungen entspricht, sagte Ripert: "Wir müssen sehr vorsichtig sein, dass wir einen solchen Prozess im Sicherheitsrat nicht bewerten - nicht legitimieren und dass sichergestellt ist, dass die Opposition wirklich in der Lage ist, sich an diesen Wahlen demokratisch zu beteiligen."

Solange in der burmesischen Gesellschaft keine Zustimmung für einen politischen Prozess besteht, der zu Wahlen führt," sagte er, "sind wir der Ansicht dass diese Wahlen nicht stattfinden sollten."

Der französische Botschafter teilte mit, dass die EU dabei sei, ihre Politik Burma gegenüber zu überprüfen. "Wir müssen darüber zu Entscheidungen kommen, wie wir die Zukunft Burmas sehen wollen, falls in den nächsten kommenden Monaten nichts geschieht."

Der britische Gesandte beschuldigte nach den Beratungen des Sicherheitsrates bezüglich Burma das Militär, auf den eingeschlagenen Weg Wahlen abzuhalten, die auf einer Verfassung basieren, die keine vom Volk getragene Rechtmässigkeit besitze.

"Wir sind der Meinung, dass, falls der Generalsekretär beschliesst, dass die Zeit für seinen Besuch (in Burma) gekommen ist, wir diesen Schritt begrüßen würden. Die internationale Gemeinschaft verlangt sicherlich die persönliche Beteiligung des Seniorgenerals, da er die Entscheidungen in Burma trifft," sagte er.

Sowers deutete an, dass, sollten die Ziele des Sicherheitsrates in Burma erreicht werden, es Chancen geben kön-

ne für die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen, die durch die europäischen Länder, die Vereinigten Staaten, Kanada und andere auferlegt wurden.

Im Gegensatz zu seinen englischen und französischen Kontrahenten bezeichnet der japanische UN-Botschafter die Situation als "positiv".

"Gambaris Besuch war dieses Mal positiver als die vorhergehenden, wenn man betrachtet, dass er mit Menschen, besonders mit der Regierung, Aung San Suu Kyi und der NLD (National League for Democracy) zusammentreffen konnte," sagte Takasu zu Reportern nach den Beratungen des Sicherheitsrates über Burma hinter geschlossenen Türen.

Gambari traf sich nach seinem Besuch in Burma in Tokyo mit dem japanischen Aussenminister. "Wir führten sehr gute Gespräche, da es Japan sehr an einem echten Demokratisierungsprozess in Burma gelegen ist und alle Anstrengungen macht, um auf diplomatischem Wege zu guten Ergebnissen zu kommen," sagte er.

Takasu sagte, dass es die Haltung der burmesischen Regierung sei, Wahlen abzuhalten, die auf dem Referendum von 2008 basieren, wohingehend die NLD die Uhr auf 1990 zurückdrehen will und ein Parlament auf der Grundlage dieser Wahlen einberufen möchte.

"Wahrscheinlich ist dies aus Sicht der NLD nicht genügend," bemerkte er. "So dass hier ein leichter Meinungsunterschied zu uns besteht."

"Wir sind der Ansicht, dass der Demokratisierungsprozess der Regierung Myanmars nunmehr die vierte Etappe erreicht hat und die Wahlen von 2010 die fünfte Etappe sein werden. Wir hoffen sehr, dass sich an den allgemeinen Wahlen von 2010 alle beteiligen können und dass sie allen politischen Akteuren, einschliesslich der Opposition offen stehen werden," sagte er.

THE BURMANET NEWS -February 24, 2009, Issue #3658
"Editor" <editor@burmanet.org> www.burmanet.org

The Irrawaddy, 24. Februar 2009 -
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=15176>

Junta aufgefordert, positive Signale zu senden:

Ban - Lalit K JHA

Washington: Während UNO-General-

sekretär Ban Ki-moon die kürzlich ausgesprochene Amnestie für 6000 Gefangene begrüsst, forderte er gleichzeitig die burmesische Militärregierung dazu auf, positive Signale an die internationale Gemeinschaft zu senden.

"Jetzt ist die Zeit für Myanmar gekommen, die Gelegenheit zu ergreifen, positive Signale auszusenden," sagte Ban zu Reportern am Montag nach einem Treffen mit der Freundesgruppe Burma bei den Vereinten Nationen in New York.

"Es wäre enttäuschend wenn jetzt keine aussagekräftigen Schritte als Antwort auf gezielte Empfehlungen der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit meinen Bemühungen folgen würden," sagte Ban nach einem Treffen, in dem die gegenwärtige Situation in Burma nach dem Besuch des Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari zu Beginn des Monats besprochen wurde.

Dies war die achte Zusammenkunft der Freundesgruppe Burma seit ihrer Gründung durch Ban Ende 2007. Neben den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates gehören das benachbarte Indien, Singapur, Indonesien und Thailand sowie Hauptspenderländer wie Japan der Gruppe an.

Indem er den Ruf nach Freilassung aller politischer Häftlinge einschliesslich Aung San Suu Kyi wiederholte, wie auch die Aufforderung zur umgehenden und bedingungslosen Wiederaufnahme des Dialoges zwischen der Junta und der politischen Opposition, erinnerte Ban alle teilnehmenden Länder und insbesondere die Nachbarländer und Mitglieder der ASEAN, die am besten die Herausforderungen und Chancen einschätzen können, denen sich Burma gegenüber sieht, an ihre wichtige Rolle, die sie zu spielen haben, sagte er.

"Es liegt jedoch im Interesse der internationalen Gemeinschaft als Ganzes, dass wir gemeinsam Wege finden, Myanmar zu ermutigen, sich auf die Erfüllung der Erwartungen und Sorgen der internationalen Gemeinschaft zuzubewegen.," sagte er.

Ban sagte, dass er den Standpunkt einiger Mitglieder des Sicherheitsrates nicht teilen könne, die diese Woche den Besuch Gambari als einen Misserfolg bezeichneten.

"Der letzte Besuch Prof. Gambaris hat positiv zu unseren gegenwärtigen Verhandlungen und Beratungen mit ..."

... der Administration Myanmars beigetragen," sagte er.

Nach seinem vorgeschlagenen Burma-Besuch, der seit vergangenem Jahr aussteht, befragt, blieb er ohne Kommentar.

"Ich werde versuchen, einen Besuch zu machen, aber es könnte einige Themen geben, die zuerst mit der Regierung Myanmars besprochen werden müssten, wie Zeitplan oder die Tagesordnung, die ich besprechen möchte, aber nichts wurde bisher festgelegt, sagte er.

"Ich sage Ihnen, dass ich aus Prinzip willens bin, meinen Besuch zu wiederholen und unsere Diskussion von vergangenem Mai fortzusetzen," sagte Ban.

Gefragt, ob er Burma nur besuchen werde, wenn es in den Fragen der Gefangenenfreilassung, der nationalen Aussöhnung und mehr Regierungsbeteiligung, zu konkreten Fortschritten kommen werde, antwortete Ban: "Es wird von der gesamten internationalen Gemeinschaft erwartet, dass wir die volle Demokratisierung Myanmars (Burmas) sehen."

Er sagte, dass die Junta die notwendigen Massnahmen auf der Basis ihrer Verpflichtungen treffen müsse, einschliesslich der Freilassung der politischen Häftlinge. Die internationale Gemeinschaft ist bereit, Burma hierzu die notwendige sozio-ökonomische Unterstützung zu geben, und Burma sollte positive Massnahmen ergreifen, sagte er.

"Aber ich würde nicht sagen, dass für meinen Besuch irgendwelche Voraussetzungen bestünden. Das ist Teil der gegenwärtigen Beratungen und Verhandlungen wie auch der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, mit denen mich auch die Generalversammlung betraut hat," sagte Ban.

"Deshalb gibt es, wie ich bereits sagte, eine breite Palette von Diskussionspunkten, deren Besprechung zwischen der Administration Myanmars und mir förderlich für Myanmar sein könnten, wenn sich mein Besuch verwirklichen sollte," sagte er.

Gambari informierte ebenfalls die teilnehmenden Mitgliedsländer über seinen Besuch in Burma. "Die Freundesgruppe gibt auch weiterhin ihre gemeinsame Unterstützung für die Fortsetzung meiner Bemühungen," sagte er.

Ban sagte: "Unsere Gesprächspartner

in Myanmar haben auch auf die Bedeutung hingewiesen, die sie unseren Bemühungen beimessen. Mein Sonderberater ist bereit, die politischen Einrichtungen der UNO der Regierung wie auch der Opposition zur Verfügung zu stellen, die hierauf aufbauen können."

Ban wies darauf hin, dass in Nachfolge von Gambaris Besuch, die Junta eine Amnestie ausgerufen hat, die auch 23 politische Häftlinge betrifft, deren Namen Lt. Gambari mit den Behörden der Junta während seines Besuches besprochen worden waren.

THE BURMANET NEWS - March 12, 2009, Issue #3670
- "Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org

The Irrawaddy, 12. März 2009 -
<http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=15288>

Drei Männer sterben bei Unfällen in Zwangsarbeitslagern

- Min Lwin

Lt. Angaben der Sozial- und Arbeitsrechtsgruppe Guiding Star starben drei Dörfler in zwei Fällen von Zwangsarbeit in Kyauktada und Daik-U im Kreis Pegu.

Die Unfälle ereigneten sich, als die Dorfbehörden die Dörfler zwangen, Sand und Schotter für Schulen und den Bau von Regierungsgebäuden zu graben, berichtet die Arbeitsgruppe, die Menschenrechtsverletzungen in Burma überwacht und dokumentiert.

"Die lokalen Gemeindebehörden wenden im Kreis Pegu immer noch Zwangsarbeit an," erzählte Aye Myint, ein Aktivist von Guiding Star, The Irrawaddy am Donnerstag.

Saw Phar Luu, 54, aus dem Dorf Kyauk Talone in der Gemeinde Daik-U wurde gezwungen, in einem Steinbruch in der Yoma Gebirgskette im Kreis Pegu zu arbeiten.

"Saw Phar Luu wurde am 29. Januar getötet, als er unter herabfallenden Steinbrocken begraben wurde," sagte Aye Myint.

Bei einem weiteren Zwischenfall starben am 1. Februar die Brüder Min Oo und Myint Aung, aus dem Dorf Chogone in Kyauktada, Kreis Pegu, als sie 1 Meile vom Dorf Gway Chongone entfernt vom Sand begraben wurden.

Die Dorfbehörde und das Schulbaukomitee forderten Min Oo, 30, und Myint Aung 22, auf, für den Bau der Regie-

rungsschule im Dorf Gway Chogone Sand zu holen.

"Sie wurden getötet, als man sie zwang, Sand an einem Ort, an dem Zwangsarbeit ausgeübt wird, zu holen. Die Sandgrube brach zusammen und beide starben," berichtet Aye Myint.

Aye Myint sagt, dass die lokalen Dorfbehörden den Familien keine Entschädigung angeboten hätten.

Aye Myint beschwerte sich über die Antwort, die er vom Büro der internationalen Arbeiterorganisation (ILO) in Rangoon erhielt, als er sie über den Tod der beiden Brüder informierte.

"Die ILO wünscht nicht, dass wir Medien im Exil informieren," sagte Aye Myint.

In der Zwischenzeit wurde Phoe Phyu, ein Anwalt für Arbeitsrecht, von den lokalen Behörden in Magwe festgenommen. Phoe Phyu vertrat Bauern in Natmauk, Kreis Magwe, die von den lokalen Behörden festgenommen worden waren. Die Bauern hatten sich im Büro der ILO, Rangoon, darüber beschwert, dass man ihr Land konfisziert hätte.

The Korea Times, 12. März 2009 -
<http://www.koreatimes.co.kr/www/news/opinion/2009/03/202_41010.html>

Wo versagt die ASEAN ? - Nehginpao Kipgen

Am 1. März trafen sich die 10 Mitglieder der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) auf einem zweitägigen Gipfel unter dem Thema "ASEAN-Charta für Menschen der ASEAN".

In den Diskussionen ging es unter anderem um wirkungsvollere Gemeinschaftsbildung, Verstärkung regionaler Widerstandsfähigkeit gegen globale Bedrohungen, und Stärkung der Zentralität für ASEAN in der regionalen Architektur.

Über Jahre hindurch hat die Gemeinschaft weltweit Aufmerksamkeit und Anerkennung wegen ihrer Erfolge und Misserfolge gewonnen. Dieser 14. Gipfel wird von östlichen wie auch westlichen Medien als eines der wichtigsten Ereignisse angesehen und dargestellt.

In den vergangenen 42 Jahren ihrer Existence spielten Wirtschaft und Sicherheit die Hauptrolle. Menschenrechte wurden entweder ausgeklammert oder vermieden.

....

... → Fünf wichtige Themen trugen zur Popularität des Treffens bei. Zum ersten war es das erste Treffen nach der Unterzeichnung der historischen Charta, die die ASEAN zur legalen Einheit formte.

An zweiter Stelle stand der globale Finanzzusammenbruch, drittens die Vertragung des Gipfels wegen politischer Unruhen im Gastgeberland, viertens die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Myanmar (Burma) und das jüngste Flüchtlingsproblem der Rohingya und fünftens das Interesse, das die neue US-Administration für die Region zeigt.

Es haben bemerkenswerte Kooperation und Fortschritt an verschiedenen Fronten stattgefunden. Eine Ausnahme bilden die Menschenrechte. Die Nichteinmischungspolitik der Gemeinschaft war Gegenstand internationaler Kritik.

Zuviel Gewichtung auf die Wirtschaft hat die Brutalität eines Regimes, wie es die Militärjunta Myanmars ist, überschattet; die Engagementspolitik des Blocks hat keinen demokratischen Wandel herbeigeführt.

Das Menschenrechtsproblem ist ein grundlegendes Feld, auf dem die ASEAN versagt hat. Das Vorhaben des Blocks, die ASEAN bis 2015 nach dem Beispiel der Europäischen Union in einen einzigen Markt umzuformen, wird bedeutende Veränderungen mit sich bringen.

Um den Block zu stärken, fordert die Charta eine grössere Beteiligung der Jungen und weiterer Bürgergesellschaften. Es ist jedoch eine Tatsache, dass Millionen von Menschen dieser Länder immer noch fürchten, ihre Meinung offen zu sagen.

Am 27. Februar applaudierten die Aussenminister zur Einführung eines Menschenrechtsremiums für die ASEAN. "Es ist ein historisches Erstes-Mal für Südostasien," sagte Rosario Manalo, ein philippinischer Diplomat.

Das endgültige Dokument, das im Juli veröffentlicht werden soll, ist dazu bestimmt, Menschenrechte zu fördern und zu schützen. Es verfügt jedoch nicht über das Recht, scharfe Massnahmen zu ergreifen, um ein Mitgliedsland zu strafen.

Es gibt einen Grund, warum ein unterdrückerisches Regime wie der Myanmar Friedens- und Entwicklungsrat eine solche Menschenrechtsinitiative willkommen heisst.

Die einfache Tatsache ist, dass bevor irgendeine Entscheidung gefällt wird, diese auf "Beratungen und Übereinstimmung basieren muss", "was dem Vetosystem des UN-Sicherheitsrates gleichkommt. Das Gremium muss auch dem Prinzip der "Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der ASEAN-Mitgliedsstaaten" folgen.

Am Eröffnungstag des Gipfels wurde die Führung der ASEAN zu genau dem Thema getestet, das sie zuvor begrüsst hatten. Zwei Demokratie-Aktivistinnen aus Myanmar und Kambodscha, die dazu ausgewählt worden, waren, jeweils ihr eigenes Land zu vertreten, wurden vom Treffen ausgeschlossen, als die Führer dieser beiden Länder damit drohten, die Sitzung zu verlassen.

Dies ist ein Beispiel dafür, wie die ASEAN in der Vergangenheit gehandelt hat. Wird die Frage offen bleiben, ob die ASEAN fortfahren wird, Beschwichtigungspolitik über Menschenrechte zu stellen?

So wie Scot Marcel, stellvertretender Aussenminister und ASEAN-Gesandter, die Botschaft der US-Aussenministerin Hillary Clinton auf ihrer Jungfernfahrt durch Asien wiedergab, hat "weder die Herangehensweise mit Sanktionen etwas gebracht noch die Herangehensweise des Engagements der ASEAN...es gibt keinen offensichtlichen Weg in der Zukunft."

In seiner Gipfel-Eröffnungsrede sagte der thailändische Premierminister Abhisit Vejjajiva: "ASEAN wird zuerst die Menschen sehen in ihrer Vision, ihrer Politik und ihren Plänen." Sollte diese Erklärung Wirklichkeit werden, würde sie eine konzertierte Herangehensweise aller Mitglieder der ASEAN erfordern.

Die Gründung eines Menschenrechtsremiums sollte der Anfang vom Ende des Menschenrechtsmissbrauchs, der Beginn einer neuen Ära der Freiheit in "Übereinstimmung mit der allgemein gültigen Erklärung der Menschenrechte sein.

Durch Beseitigung von Handelsschranken und durch Wirtschaftsintegration bereitet sich die ASEAN darauf vor, bis 2015 eine der EU gleiche Gemeinschaft zu werden. Wenn sich dies verwirklichen sollte, bekäme die ASEAN mehr Einfluss auf internationale Politik.

Damit die ASEAN ein dynamisches und verantwortungsvolles Organ wird,

muss sie die Wohlfahrt der Regierten und nicht nur der Herrschenden schützen. Nach Jahren verfehlter Politik des Engagements muss die Gemeinschaft ihre Politik bezüglich Myanmar neu überdenken.

Werden die Chefs der ASEAN fortfahren zu sagen: "Was kümmert es mich, wenn das Haus des Nachbarn in Flammen steht, wenn Frauen vergewaltigt werden tausende von Dörfern zerstört werden und Abertausende über die Grenzen fliehen?"

Im Einklang mit der neuen Vision und dem gesetzten Ziel, die ASEAN zu einem angesehenen Organ zu machen, muss die Gemeinschaft das Menschenrechtsproblem angehen, dem Punkt, an dem sie versagt hat

The Irrawaddy, 27. Februar 2009

<http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=15207>

Zerbrecht die defekte Schallplatte Kyaw Zwa Moe

Das Burma-Problem ist wie eine defekte Schallplatte: die selben Dinge werden immer und immer wieder wiederholt.

1. Die Junta nimmt routinemässig politische Aktivisten fest, Sie fordert, dass die Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden sollen und macht die Oppositionspartei für diese verantwortlich. Sie versucht, die bevorstehenden Wahlen von 2010 als Teil ihrer Roadmap zur Demokratie zu verkaufen.

2. Die Oppositionsparteien einschliesslich der National League for Democracy (NLD) fordern den Dialog ohne irgendwelche neuen ergebnisorientierten Strategien. Sie gehen einfach zu allem, was die Regierung tut, in Opposition.

3. Alle der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) angehörenden Staaten fürchten sich, in direkte Konfrontation zur burmesischen Militärführung zu gehen.

4. Ohne zu handeln, fordert die internationale Gemeinschaft die Freilassung der politischen Häftlinge und den Dialog zwischen der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und dem Junta-Chef, Seniorgeneral Than Shwe.

.... →

.... ↗

5. Die USA üben diestärkste mündliche Kritik an der Militärführung.

Nachdem die meisten dieser Positionen seit mehr als zwei Dekaden ständig wiederholt werden, ist es nicht überraschend, dass die Menschen ihrer überdrüssig und selbstgenügend werden. Aber die Lage könnte sich ändern.

US-Aussenministerin Hillary Clinton sagte auf ihrer ersten Reise durch Asien: "Wir wollen die Zeit kommen sehen, wenn die Bürger Burmas und die Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi frei in ihrem eigenen Lande lebe können."

Die grosse Frage bleibt, wann und wo? Auf ihrer Reise sprach Clinton mit Japan, Indonesien und China über Burma. Sie bemerkte, dass es der US-Politik nicht gelungen sei, positive Ergebnisse zu zeitigen. "Es ist offensichtlich, dass der Weg über die Auflage von Sanktionen die burmesische Junta nicht beeinflusst hat."

Sie bemerkte auch, dass der Weg, den die burmesischen Nachbarstaaten mit ihrer "konstruktiven Beteiligungspolitik" ebenfalls die Militärführung nicht beeinflussen konnten.

Es kann jedoch von der neuen Administration des US-Präsidenten Barack Obama erwartet werden, dass sie eine neue Vorgehensweise finden wird, folgt man der Rekordspur Obamas für kreatives Denken und Pragmatismus.

Die Botschaft in seiner Antrittsrede war klar: "Wir werden unsere Hand ausstrecken, wenn sie willens sind, die Faust aufzumachen." Diese Botschaft wurde sicherlich von Burmas Militärführung aufgenommen.

Als zwei der wichtigsten Trumpfkarten des politischen Handelns stehen hervor: die Freilassung der politischen Häftlinge und die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen.

Die erstere ist das Hauptprinzip der NLD, die zweite das Hauptprinzip der Junta.

Diese beiden Themen sind wahrscheinlich der Schlüssel, um den Status quo in Burma aufzubrechen.

Als der UN-Sonderbeauftragte, Ibrahim Gambari, das letzte Mal Burma besuchte, sagte Premier General Thein Sein zum Gesandten: "Die UN sollte sich bemühen, die Wirtschaftssanktio-

nen für Burma aufzuheben, wenn die Organisation ein blühendes Burma mit politischer Stabilität sehen möchte."

Der Premierminister ist der Ansicht, dass Wirtschaftssanktionen die burmesischen Bemühungen daran gehindert hätten, die Armut zu bekämpfen. Er sagte, dass das Land wie ein Mensch sei, der gezwungen würde, schnell zu laufen, während seine Beine zusammengebunden sind."

Der Premierminister sandte der westlichen Welt eine klare Botschaft, besonders an die USA, die seit 1997 weltweit in den Bemühungen führend sind, Sanktionen auszusprechen

Während ihres Treffens mit Gambari beharrten Suu Kyi und die Spitzenführer der NLD auf der Freilassung aller politischer Häftlinge und der Rückkehr zu einem wirklichen Dialog.

Präsident Obama und seine Aussenministerin sollten diese beiden Themen zum Ziel ihrer direkten oder indirekten Kanäle mit der Junta machen und dies je früher umso besser.

Um die Botschaft, dass direkte Gespräche notwendig sind, vorwärts zu bringen, sollte die UN-Administration umgehend einen Sonderbeauftragten für Burma ernennen, der die Verhandlungsansichten der Administration direkt vor Than Shwe bringt.

Vergangenen November ernannte der ehemalige Präsident George W. Bush Michael Green zum Sonderkoordinator im Range eines Botschafters für Burma. Präsident Obama hat ihn jedoch noch für diese Aufgabe zu ernennen.

Sobald ein Sonderbeauftragter für Burma zur Verfügung steht, können sich die Vereinigten Staaten an die Arbeit machen, basierend auf der Gegenleistung für die Freilassung der Gefangenen die Sanktionen aufzuheben.

Sollte es wegen dieser beiden Punkte zu einem Fortschritt kommen, dann stünde weiterem Wandel die Türen offen und die alte defekte Schallplatte könnte verworfen werden.

Free all political prisoners

"Burma_news" <burma_news@verizon.net> (EBO)

The American, 5. März 2009

(A Magazine of Ideas – Online)

<<http://www.american.com/archive/2009/february-2009/burma>>

Keine Verbrüderung mit den Verbrechern in Burma

Aussenministerin Clinton sollte nicht schwankend auf die Junta zugehen.

In der Mitte ihres jüngsten Asien-Besuches wies Aussenministerin Hillary Clinton darauf hin, dass die Vereinigten Staaten ihre Politik bezüglich Burma neu überprüfen werden. Wenn die Obama-Administration ihre Möglichkeiten neu bewertet, täte sie gut daran, sich zu erinnern, dass sie es hier mit einer der Welt brutalsten Gewaltherrschaften zu tun hat, die seit Jahrzehnten durch Terror und totalitäre Kontrolle regiert. Furcht und Gewalt sind die zwei Dinge, die die regierende Junta am besten versteht - und dies sind die zwei einzigen Faktoren, mit denen es je in den vergangenen Jahren gelungen ist, ihr Verhalten zu ändern. Und das Bewerten von Politik muss diese Geschichte mit bedenken.

In den letzten Monaten haben die Generäle die Inhaftierung von Dissidenten verstärkt. Die Anzahl der politischen Häftlinge ist bis über 2000 angestiegen. Entsetzliche Attacken und Vertreibungen von Zivilisten in den Regionen der ethnischen Minderheiten werden ungestraft fortgesetzt. Die legitimen Führer des burmesischen Volkes wie Aung San Suu Kyi und Min Ko Naing, zusammen mit Vertretern der gequälten ethnischen Minderheitsgruppen wie die Karen und Shan suchen weiterhin mehr Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft und verlangen mehr Druck auf das Regime. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt, dies aufzugeben.

Es ist vor allem beunruhigend anzunehmen, dass eine Überprüfung der US-Politik dazu führen könnte, wichtigen Boden, der unter der Bush-Administration gewonnen wurde, aufzugeben. Zusätzlich zu Präsident Bushs kräftiger Unterstützung in dieser Angelegenheit, zeigte die First Lady, Laura Bush unter anderen Initiativen persönliches Interesse für die burmesische Zwangslage und half, das Problem der tyrannischen burmesischen Regierung zum ersten Mal vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. Jeder Politikwechsel in die andere Richtung und nachlassender Druck würden sich verhängnisvoll für das burmesische Volk auswirken.

.... ↗

... Das Wichtigste, was der Westen jetzt tun könnte, wäre mehr und klügeren Druck auf die Generäle auszuüben, um sie so zur Rückkehr an den Verhandlungstisch zu zwingen - nicht mit uns, sondern mit den legitimen Führern des eigenen Volkes. Wir können auch die Nachbarn Burmas wie Indien, Thailand und China dazu antreiben, ihre Unterstützung des Regimes aufzugeben.

Enttäuschung über mangelnden Fortschritt hat langanhaltende Debatten über Sanktionen und humanitäre Hilfe wieder angefacht. An der Oberfläche scheinen die Argumente, die für die Erleichterung der Sanktionen plädieren, sympathische Saiten bei denjenigen anzuschlagen, die mit der eigenartigen und psychotischen Natur Than Shwes und dem Rest der Junta nicht vertraut sind.

Es ist leicht zu glauben, dass Hilfe das Leiden des Volkes vermindern könnte. Aber nur der sorgfältigst geleitete Hilfe kann es gelingen, die Kooptation des Regimes zu meiden, und selbst diese Kanäle sind äusserst selten und begrenzt, um über die thailändische Grenze zu fließen, wie auch die geringen subtilen Bemühungen, die unter dem Radar des Regimes stattfinden. Großangelegte Hilfe, die durch Rangoon fließt, besonders durch grössere Agenturen der UNO, werden unweigerlich vom Regime oder dessen Spießgesellen kontrolliert und stärken den Zugriff zur Macht.

Die Generäle haben wiederholt ihre Verachtung für das Wohl des Volkes gezeigt. Diese Verachtung zeigte sich besonders tragisch in deren erschreckenden Antwort auf den Zyklon Nargis. Das Unheil forderte hunderttausende von Toten, viele von ihnen waren unnötig aufgrund von Restriktionen und selbst aus Verweigerung von Hilfe. Man denke nur an die Schiffe, Flugzeuge, Strassen voller Hilfsgüter, die nicht verteilt werden konnten, weil das Re-

gime den Zugang zu den Opfern verwehrte; oder die Bedrängnis mutiger burmesischer Bürger wie die 23jährige Studentin Kay Thi Aung, die im September 2008 verhaftet wurde wegen ihres Einsatzes, den Opfern des Zyklons zu helfen, und die kürzlich eine Fehlgeburt hatte aufgrund der schrecklichen Bedingungen im Gefängnis; oder der Komödianten Zarganar, der zu 59 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er das Versagen des Regimes kritisiert hatte. In den meisten anderen Ländern würden diese Handlungen nicht als politische Aktionen angesehen werden, aber für das gesetzlose burmesische Regime ist alles - selbst humanitäre Gesten - "politisch".

Die gegenwärtigen Sanktionen haben bisher noch nicht die Freiheit gebracht, aber das ist kein Grund, um sie aufzugeben. Sie müssen multilateral verstärkt und koordiniert werden. Die Bevölkerung dieses fruchtbaren, ressourcenreichen und einst gebildeten Landes leidet unter der wirtschaftlichen Misswirtschaft und Ignoranz seiner Unterdrücker und nicht unter den Auswirkungen der Sanktionen. Eine Bewertung der Sanktionen wäre nur hilfreich, wenn dies zu einer gezielteren und ausgedehnteren Koordination mit allen Verbündeten in der Region und darüber hinaus führen würde. Aber jedes Rücksetzen oder Nachlassen des Druckes wäre ein grosser Fehler und würde direkt in die Hände der Generäle spielen.

Gleichermassen würde ein Überdenken der Politik, das zu einem erneuten diplomatischen Anstoss in Washington und bei der Vereinten Nationen führt, die Chance haben, das Androhen eines Vetos durch Russland oder China zu überwinden. Eine starke Resolution des UN-Sicherheitsrates, besonders mit scharfem multilateralen Biss wie z. B. ein Waffenembargo oder gezielte globale Sanktionen, würde schnell die Aufmerksamkeit der Generäle erlangen. Für ein Handeln der UN ist der

Fall klar. Der anhaltende militärische Angriff gegen Zivilisten, das Anwenden von Vergewaltigung als Kriegswaffe, wie auch die Vertreibung von Flüchtlingen, die Ausbreitung von Krankheiten über die Grenzen und der Handel mit Drogen und Menschen, machen die Situation in Burma genau so zum Sicherheitsproblem wie auch die Verletzung der Menschenrechte oder das humanitäre Problem.

Die Beschäftigung mit Burma hat bislang zwei starke widerstreitende Interessen hervorgerufen, wie auch die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, und Aussenministerin Clinton selbst, hat es in der Vergangenheit als dringlich angesehen, weibliche Chefs zu unterstützen wie z. B. Aung San Suu Kyi. Wenn dieses Überdenken einen Schritt nach vorn tun sollte und neue Taktiken in Erwägung gezogen würden, dann sollten sich die Politiker der USA an die brutale Natur und Geschichte dieses brutalen Regimes erinnern und eher auf die Stimmen der demokratischen Bewegung in Burma als auf die müden Stimmen westlicher Gelehrter, der Vereinten Nationen oder Hilfsorganisationen achten. Wir hier im Westen haben das burmesische Volk wieder und wieder in Stich gelassen mit unseren schwachen Erklärungen und unserem kurzen Gedächtnis, und trotz allem hält es ehrenvoll und mit einer Standhaftigkeit durch, die uns alle beschämen kann. Sie sind diejenigen, die am besten wissen, was dem Wohle ihres Landes dient. Wir müssen weiterhin an ihrer Seite stehen gegen Tyrannei und Terror, bis eines Tages Freiheit und Wohlfahrt wieder ihnen gehören.

Jean Geran ist leitendes Mitglied des Legatum Institutes, Sie war Direktorin für Demokratie und Menschenrechte beim Nationalen Sicherheitsrat und Verantwortliche für Missbrauchvermeidung beim Katastrophen-Hilfsteam im Südirak.

Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

**ဆရာတင်မိုး
ခွတ်ဒေါင်းအလံခေါ်ရာသို့**
(လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ)
Gedichte Von Saya Tin Moe
(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

Zehn Jahre weiter
Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten
während seiner politischen Gefangenschaft.
von Moe Aye
(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto
Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln
Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de

Hrsg.:Burma Büro e.V.,Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de - <http://www.burmabureaugermany.com> <http://www.burma-report.de>